sigbert helle

APO - PRESS

HAMBURGER INFORMATIONSDIENST

Herausgeber : SDS Hamburg. Verantwortl.: M.Deter. Redaktion + Verlag : Hamburg 4 , ...enstraße 32, Tel.: 31 28 65. Erscheinungsweise : Montags vierzehntägig. Abonnement : Bei Zustellung per Post halbjährl. DM 8. - Postscheckk.: Hmbg. M.Deter 229332

MONTAG , den 21.4.69 NR. 7 EINZELPREIS : DM 0.50

Aus dem Inhalt :

DISKUSSION DER STRATEGIE ZUM ERSTEN MAI IN HAMBURG

..s Lehrlingszentrum plant vor der Hauptveranstaltung des DGB ein teach-in im Audi-Max (Beginn 12 Uhr) , das die Genossen informiert und in Stand setzt, eine geschlossene Kritik an Gewerkschaft und SPD zu leisten.
Inhaltlich dient die Veranstaltung dazu, die Arbeit des Sozialistischen Lehrlingszentrums = SLZ - an der Entwicklung bei Blohm und Voss zu konkretisieren. Am Beispiel des Korvettenbaus für Portugal bei Blohm und Voss gilt es, den Zusammenhang zwischen Rüstung und Wirtschaft aufzuzeigen und den Widerspruch zwischen der antikolonialen Theorie der IGM und der Duldung der Vorgänge bei Blohm und Voss zu verdeutlichen.
Zu diskutieren ist also, inwieweit die Mitbestimmung solchen Entwicklungen wie der Militarisierung der Wirtschaft Vorschub leistet, indem sie die Frage der Produktionsinhalte außer acht läßt.
Diese Agitation wird ausgeweitet auf die Beziehung von Rüstung und Universität. Z.B. arbeitet das geographische Institut der Universität Hamburg an der Grundlagenforschung für die Investitionspolitik des Krupp - Konzerns in Angola. In diesem Zusammenhang zeigt sich die Interessenidentität von Studenten und Arbeitern : die Notwendigkeit der Kontrolle der Verwertung von Wissenschaft durch die Studenten und die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter.
Deshalb hat der 1.Mai eine spezifische Funktion, nämlich die verschiedenen, dezentralisiert arbeitenden Teile der APO theoretisch wie praktisch in der Aktion zusammenzuführen.

Die Ergebnisse der Internationalismusgruppe und des AStA-Referats "Dritte Welt" und die Recherchen des SLZ werden zusammengefaßt in einer Kritik auf dem teach-in und praktisch in der Demonstration zur Großveranstaltung des DGB. Neben den Gewerkschaftlern ist vor allem Willy Brandt als Redner des DGB Exponent für eine Politik, die den Bau von Kriegsschiffen zur Unterdrückung der Befreiungsbewegungen in der "Dritten Welt" fördert.
Der 1. Mai war früher ein Tag der Solidarität aller Arbeiter in Europa; so definiert das SLZ den 1. Mai als Solidaritätstag der Arbeiter mit der "Dritten Welt" und ihren Befreiungsbewegungen. Anhand dieser Kampagne versucht das SLZ, seine Basis in den Betrieben zu verbreitern als Grundlage neuer Betriebskader, und seine Praxis bei Blohm und Voss zu veröffentlichen.
In diesem Zusammenhang bedeutet die Störung der Großveranstaltung auf dem Rathausmarkt die Eröffnung einer bundesweiten Kampagne des Internationalismus; die Veröffentlichung des Baues von Kriegsschiffen bei Blohm und Voss in Verbindung mit der Aufdeckung der Arbeit des Hamburger Geographischen Instituts bietet den Ansatzpunkt dafür.

Entscheidend wird sein, ob es gelingt, die Aktionen des 1. Mai hinauszutreiben über die Qualität einer Ein - Punkt - Bewegung in die massenhafte Diskussion über eine zu entwickelnde Strategie der Betriebspolitik durch Arbeiter, Schüler und Studenten.

+ IGM = IG Metall

EREIGNISSE AN DER HAMBURGER WERFT BLOHM UND VOSS

Eine Betriebsversammlung verlief stürmisch. Der Elektriker R. Christian stellte Fragen und kritisierte das Verhältnis des Betriebratsvorstandes zur Betriebsleitung. Er berichtete, daß er drei Tage vergeblich nach angeblich anwesenden Vertrauensleuten der IG Metall gesucht habe und wagte schließlich sogar nach dem Anteil der Rüstungsproduktion am Werfthaushalt zu fragen, welcher im Geschäftsbericht verschwiegen worden war.
Drei Tage später war Christian fristlos entlassen. Von der IG Metall war natürlich keine Hilfe zu erwarten.
Dieser Sachverhalt wurde in einem Flugblatt geschildert und rief erhebliche Unruhe in der Belegschaft hervor.
Am letzten Freitag wurde vor den Werktoren erneut ein Flugblatt verteilt. Diesmal handelte es sich um einen vervielfältigten Brief der Volksbefreiungsfront von Angola an die Genossen Arbeiter und Angestellten der Firma Blohm & Voss. Darin wird Bezug genommen auf den Bau von drei Korvetten für Portugal, die mit größter Wahrscheinlichkeit bei den Kolonialkriegen eingesetzt werden, und die Arbeiter werden aufgefordert, aus dieser Information die Konsequenz zu ziehen und ihre Einstellung zu ihrer Arbeit zu ändern.
" Das gegen die Unterdrückung kämpfende angolesische Volk sendet euch die besten Grüße und offenbart die Hoffnung, daß Ihr es in seinem Befreiungskampf nicht hindert, sondern gemeinsam antretet für die Verwirklichung einer gemeinsamen Gesellschaft ohne Ausbeutung und in Freiheit."
Auch diesesmal standen die Arbeiter vor den Werkstoren Schlange, um den Flugzettel zu bekommen.

ARBEITERKONTROLLE

I.

Die Forderung nach Arbeiterkontrolle steht auf der Tagesordnung. Die FGTB (belgischer Gewerkschaftsbund) bereitet zur Zeit einen außerordentlichen Kongreß mit diesem Thema vor. Zahlreiche englische Gewerkschaften haben ihr zugestimmt. Die äußerste Linke der Arbeiter- und Studentenbewegung in Frankreich hat sie zu einem ihrer Hauptziele erklärt. Die Arbeitervorhut vieler italienischer Unternehmen macht sie nicht nur zum Gegenstand der Propaganda, sondern sie bemüht sich auch - wie bei FIAT - sie bei günstiger Gelegenheit in die Praxis umzusetzen.

Es handelt sich um eine alte Forderung der Arbeiterbewegung, die im Verlaufe der russischen Revolution entstand. Die Komintern hat sie sich auf ihrem Dritten Kongreß zu eigen gemacht. In den revolutionären Kämpfen von 1920-1923 spielte sie eine wichtige Rolle. Die belgischen Gewerkschaften propagierten sie in den Zwanziger Jahren. Trotzki hat sie im "Übergangsprogramm" der IV. Internationale festgehalten. André Renard hat sie gegen Ende der Fünfziger Jahre wieder aufgegriffen. Aber in den letzten drei Jahrzehnten ist sie innerhalb der breiteren Arbeiterbewegung kaum erwähnt worden. Zwei Generationen von Arbeitern haben keinerlei Aufklärung auf diesem Gebiet erhalten. Es ist daher dringend notwendig, ihren Sinn und ihre Bedeutung genau zu umreißen, ihren Wert für den Kampf um den Sozialismus zu bestimmen und die reformistischen Varianten von Mitbestimmung und "Participation" genau abzugrenzen.

Die antikapitalistische Strukturreform

Die Arbeiterkontrolle ist eine Übergangsforderung, ein mustergültiges Beispiel antikapitalistischer Strukturreform. Sie geht von unmittelbaren Hauptforderungen breiter Massen aus und führt zu Auseinandersetzungen, die in der Praxis das kapitalistische System und den kapitalistischen Staat in Frage stellen. Denn Arbeiterkontrolle ist eine Forderung, die der Kapitalismus weder verdauen noch integrieren kann wie die Tagesforderungen der letzten 60 Jahre (Lohnerhöhung, 8-Stunden-Tag, gesetzliche Sozialversicherung und bezahlter Urlaub).

Greifen wir eine der Behauptungen heraus, wie wir sie von sektiererischen Vertretern der "reinen Lehre" zu hören bekommen: "Wenn Ihr antikapitalistische Strukturreformen fordert", sagen sie, " dann seid Ihr Reformisten, denn Eure Formulierung enthält das Wort Reform".
Diese Behauptung ist kindisch. Sie ist auch unredlich von seiten jener, die sich dem Kampf um Reformen nicht systematisch widersetzen. Man könnte dies allenfalls noch von gewissen Anarchisten verstehen, die den Kampf um Lohnforderungen verwerfen. Sie haben zwar Unrecht, aber sie sind meistens in sich logisch.

Aber was soll man zu jenen Leuten sagen, die zwar jeden Kampf um Lohnerhöhung, um Arbeitszeitverkürzung, Herabsetzung des Pensionsalters, zusätzliches Urlaubsgeld, kostenlose medizinische Betreuung und kostenlose Heilmittel bejahen, gleichzeitig jedoch den Kampf um antikapitalistische Strukturreformen ablehnen?

Sie legen sich selbst keine Rechenschaft darüber ab, daß sie zwar auch um Reformen kämpfen, aber daß der Unterschied zwischen ihnen und uns darin besteht, daß sie nur für solche Reformen kämpfen, die der Kapitalismus - wie mehrfach erwiesen - verwirklichen und in sein System integrieren kann, die jedoch das System als solches nicht erschüttern.

Das besondere an der Forderung nach antikapitalistischer Strukturreform ist die Tatsache, daß sie innerhalb eines normal funktionierenden kapitalistischen Systems nicht zu verwirklichen ist, daß sie dieses System sprengt, eine Situation der Doppelherrschaft herbeiführt und sehr rasch zu einer revolutionären Kraftprobe führt. Das mindeste, was man über Lohnerhöhungen sagen kann - so wichtig sie auch für die Hebung der Kampfbereitschaft und der Kultur der Arbeiter sein mögen - ist, daß sie diese Logik nicht haben.

Tatsächlich beruht die ganze Argumentation unserer "reinen" Gegner auf einer kindischen Verwirrung. Denn nicht jeder, der für Reformen kämpft, ist Reformist, sonst wäre Lenin der erste in der Reihe, denn er hat den Kampf um die Verteidigung unmittelbarer Arbeiterinteressen niemals verworfen. Derjenige ist Reformist, der glaubt, daß der Kampf um Reformen genüge, um den Kapitalismus schrittweise zu überwinden, ohne die Macht der Bourgeoisie zu stürzen.

Aber die Verfechter des Programms antikapitalistischer Strukturreformen haben diese Illusion keineswegs. Sie glauben weder an die allmähliche Erreichung des Sozialismus noch an die Machteroberung durch Wahlen oder über das Perlament. Sie sind überzeugt, daß für den Sturz des Kapitalismus ein globaler Zusammenstoß auf außerparlamentarischer Ebene zwischen den im Kampf befindlichen Arbeitern und dem bürgerlichen Staat unausweichlich ist. Das Programm der antikapitalistischen Strukturreformen hat genau das Ziel, die Arbeiter zu kämpfen anzuleiten, die zu diesem Zusammenstoß führen. Unsere "reinen" Kritiker begnügen sich im allgemeinen mit Kämpfen um unmittelbare Tagesforderungen, während sie gleichzeitig eine abstrakte Propaganda für die Revolution machen, ohne sich jemals die Frage zu stellen, wie diese praktisch in Gang kommt.

Mai 1968 in Frankreich ein beredtes Beispiel

Nach dem Generalstreik vom Dezember/Januar 1960/61 in Belgien liefert uns der Generalstreik vom Mai 1968 eine ausgezeichnete Illustration der entscheidenden Bedeutung dieses Problems.

Zehn Millionen Arbeiter standen im Streik. Sie besetzten ihre Betriebe. Waren sie ursprünglich beseelt von dem Wunsch, die im Verlauf des zehnjährigen Bestehens des gaullistischen Systems angehäuften sozialen Ungerechtigkeiten zu beseitigen, so gingen sie in der Folge weit über bloße Lohnforderungen hinaus. Die Zurückweisung der ersten "Vereinbarungen von Grenelles", die ihnen immerhin eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 14% angeboten hatten, widerspiegelt klar den Willen, weiter zu gehen.

Aber wenn die Arbeiter auch nicht bereit waren, sich mit der Erfüllung von Tagesforderungen zufrieden zu geben, so hatten sie andererseits keine genauen Vor-

stellungen darüber, was sie eigentlich wollten. Sie wussten nicht, wie sie diesen Kampf in Angriff nehmen sollten.

Wären sie in den vorangegangenen Monaten und Jahren im Geiste der Arbeiterkontrolle erzogen worden, hätten sie gewußt, was zu tun ist: in jedem Unternehmen ein Komitee zu wählen, das daran geht, Einsicht in die Bücher zu nehmen, selbst die Gestehungskosten zu kalkulieren und die Profitrate festzustellen; ein Einspruchsrecht bei Einstellung und Entlassung sowie bei jeglicher Änderung der Arbeitsorganisation; Ablösung des vom Unternehmer eingesetzten Abteilungsleiters oder Werkmeisters durch Arbeitskollegen (oder durch Mitglieder der Abteilung, die sich turnusmäßig in der Verantwortung ablösen).

Ein solches Komitee wäre sofort auf allen Ebenen mit der Autorität der Unternehmensleitung zusammengestoßen. Die Arbeiter wären gezwungen gewesen, rasch von der Arbeiterkontrolle zur Arbeiterselbstverwaltung überzugehen. Aber diese Übergangszeit hätte genutzt werden müssen, um die Willkür, die Ungerechtigkeit, den Betrug und die Verschwendung der Unternehmer vor der ganzen Nation anzuprangern, lokale, regionale und nationale Kongresse und Streikkomitees sowie Komitees der Arbeiterkontrolle zu bilden, um den im Kampf befindlichen Arbeitern die unterläßlichen Instrumente der Organisation und der Selbstverteidigung zu liefern, die sie instandgesetzt hätten, dem kapitalistischen Staat und der kapitalistischen Klasse als Ganzes gegenüberzutreten.

Jedes wirtschaftliche & soziale Problem hat die Tendenz, die Frage der Macht der Klassen aufzuwerfen

Das Beispiel vom Mai 68 zeigt einen der hauptsächlichen Gründe, warum die Forderung nach Arbeiterkontrolle zwingend einen entscheidenden Platz in der ganzen sozialistischen Strategie einnimmt, die darauf abzielt, den Kapitalismus in einem industriell entwickelten Land zu stürzen. Sie ist das Sprungbrett vom umfassenden Kampf der Arbeiterklasse gegen die Unternehmer (Generalstreik und Besetzung der Betriebe) zum Kampf um die Macht.
Wenn das eine aus dem anderen hervorgehen soll, so müssen es die Arbeiter nicht als etwas Abstraktes, durch revolutionäre Propagandatrupps künstlich in ihre Kämpfe Hineingetragenes annehmen, sondern es muß sich als eine Notwendigkeit ihres Kampfes entwickeln.
Die Forderung nach Arbeiterkontrolle (die die kapitalistische Macht auf allen Ebenen in Frage stellt und die dahin tendiert, erst in den Betrieben, dann im ganzen Land eine sich entwickelnde Arbeitermacht hervorzubringen, die sich der Macht des Kapitals entgegenstellt) ist die beste Brücke zwischen den unmittelbaren Tageskämpfen und dem Kampf um die Macht.
Es gibt noch andere Gründe, die diese Forderung in der gegenwärtigen Etappe des Kapitalismus und des antikapitalistischen Kampfes der Arbeiter so bedeutsam machen. Die kapitalistische Konzentration, die wachsende Verflechtung zwischen den Monopolen und dem bürgerlichen Staat, die Rolle, die der Staat in den imperialistischen Ländern als Garant der Monopolprofite in zunehmendem Maße spielt; die wachsende Tendenz zur Organisierung und "Programmierung" der neokapitalistischen Wirtschaft - all diese wesentlichen Züge der heutigen Wirtschaft verlegen den Schwerpunkt des Klassenkampfes von der Fabrik in den Bereich der Gesamtwirtschaft.
In der "dirigistischen", kapitalistischen Wirtschaft hängt alles eng zusammen. Eine Lohnerhöhung wird durch Preissteigerungen, Steuerhöhungen oder ähnliche Mittel annulliert (z.B. Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung oder Herabsetzung der Leistungen). Der regionale Beschäftigungsgrad wird durch kapitalistische Rationalisierung oder durch Investitionen in anderen Gebieten über den Haufen geworfen. Die Unternehmer bemühen sich, eine "Einkommenspolitik" durchzusetzen, die die Löhne an die Produktivität bindet, die jedoch zugleich den Arbeitern die Mittel verweigert, diese zu bestimmen, indem sie die Ursachen kennen.
Wenn die Gewerkschaften sich damit zufrieden geben, immer wieder um die Anpassung oder Erhöhung der Löhne zu kämpfen, werden sie mit Sicherheit übervorteilt. Die Logik des nationalen (und internationalen) Klassenkampfes bringt sie dazu, den Zusammenhang zwischen Preisen und Löhnen, Löhnen und Geld, Lohnerhöhung und Produktivitätssteigerung festzustellen, den ihnen die Unternehmer und die von ihnen bezahlten Regierungen als "unvermeidlich" aufzwingen wollen. Aber diese Auseinandersetzungen können nur wirksam, d.h. in Kenntnis der Ursachen, geführt werden, wenn die Bücher offengelegt werden, wenn das Bankgeheimnis gelüftet wird und die Arbeiter eines Tages den ganz geheimen Mechanismus des Profits und der kapitalistischen Ausbeutung enthüllen.
Es versteht sich, daß so gesehen die Arbeiterkontrolle von den gewählten Delegierten und vor der ganzen Nation ausgeübt wird und nicht von Gewerkschaftsführern, die sich mit einigen Unternehmern hinter verschlossenen Türen treffen. Wir kommen darauf nochmals zurück, denn diese Unterscheidung ist von außerordentlicher Wichtigkeit:

Arbeiterkontrolle oder Arbeitslosigkeit

Wir leben in einer Epoche sich immer rascher vollziehender technischer Umwälzungen: in der dritten industriellen Revolution. Im Verlaufe dieser Umwälzung werden ganze Industriebranchen, werden Arbeitsplätze und Berufe innerhalb weniger Jahre liquidiert. Unaufhörlich sind die Unternehmer bestrebt, die Arbeit des Menschen immer teureren, immer komplizierteren Maschinen unterzuordnen.
Während die Handarbeit allmählich aus den Betrieben verschwindet, steigt die Zahl der direkt im Produktionsprozeß tätigen Techniker. Das Niveau der Qualifikation und der Bildung der Arbeiter steigt rasch an. Das sich immer klarer abzeichnende Streben nach Allgemeinbildung bis zum 17. oder 18. Lebensjahr ist dafür ein deutliches Indiz.
Je mehr der Bildungsgrad der Arbeiter wächst, desto kampfbereiter werden sie und umso weniger nehmen sie es hin, daß Verwalter, Direktoren und "Chefs", die oft weniger von der Produktion und von den Maschinen verstehen als sie, ihnen diktieren, was sie, wie sie und unter welchen Bedingungen sie zu produzieren haben. Die hierarchische Struktur der U[illegible]rnehmen lastet umso schwerer auf den [illegible]beitern, als der Abstand der technischen Kenntnisse zwischen Arbeitern und Unternehmern immer geringer wird, ja mitunter nur durch ein künstliches Informationsmonopol über das Funktionieren des gesamten Unternehmens, das der Unternehmer hartnäckig für sich reserviert, aufrechterhalten wird.
Tatsächlich weisen die Statistiken über die Streikursachen in Großbritannien und Italien aus, daß die Arbeitskonflikte immer weniger reine Lohnforderungen, dagegen immer mehr Fragen der Arbeitsorganisation und des Arbeitsprozesses betreffen. Belgien hinkt in dieser Frage noch etwa hinterher; doch das wird nicht mehr lange dauern.
Die Forderung nach Arbeiterkontrolle, die einem sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Leben ergebenden Bedürfnis entspricht, schließt das Recht der Einsichtnahme in die Bücher und das unmittelba[illegible] eto der Arbeiter in einigen Bereichen des Unternehmens ein, weist aber zugleich jede Verantwortung zurück, solange das kapitalistische Eigentum und der kapitalistische Staat bestehen. Die Struktur der Unternehmen entspricht nicht mehr den Erfordernissen der Wirtschaft und den Bestrebungen der Arbeiter.

In diesem Sinne ist diese Forderung zutiefst antikapitalistisch. Denn der Kapitalismus ist letztlich nicht charakterisiert durch niedrige Löhne oder durch eine große Zahl von Arbeitslosen (wenn auch die immer wiederkehrenden Rezessionen unvermeidlich und bedeutend sind). Er ist dadurch charakterisiert, daß das Kapital und die Kapitalisten die Menschen und die Maschinen kommandieren. Nur wer ihnen dieses Kommandorecht streitig macht, ihnen eine Macht von anderer Art entgegenstellt, beginnt tatsächlich den Sturz des kapitalistischen Regimes einzuleiten.

(wird fortgesetzt) Ernest Mandel

STRATEGIE ZUM 1. MAI

Die Basisgruppenarbeit im Betrieb im Rahmen der Kampagne zum 1. Mai konzentriert sich auf drei Bereiche:

1. auf die Aufnahme innerbetrieblicher Konflikte und ihrer Politisierung in nicht traditionell gewerkschaftlichem Sinne sondern mit dem Ziel der Durchsetzung von Arbeiterkontrolle im Betrieb.
2. Auf Arbeiterschulung.
3. Der Arbeitskreis Sexualität und Politik (Sex-Pol) beschäftigt sich mit den bisher vernachlässigten Bereichen in der Betriebsarbeit, wie die spezielle Unterdrückung der weiblichen Arbeiter, familiäre Konflikte, Sexualaufklärung und für die Emanzipation der Lehrlinge wichtigen Arbeiterkommunen.

Berichte aus den beiden letzten Arbeitsbereichen veröffentlichen wir in dieser Ausgabe.

Arbeiterkontrolle gegen Mitbestimmung

Als ein Teil der Kampagne zum 1. Mai sehen die Basisgruppen die Aufgabe, die bereits in der APO mitarbeitenden Arbeiter und Angestellten zu "schulen". Aber allein das Wort "schulen" erinnert an die schlimmsten Formen der Indoktrination und Manipulation. Aus diesem Grunde lehnen viele Genossen jegliche Schulung ab. Diese Haltung ist falsch, da es für alle Genossen notwendig ist, zu lernen, die Einzelphänomene und Ereignisse ihres Alltags im gesamt-gesellschaftlichen Zusammenhang zu sehen. Hierbei ist es sicher sinnvoll, daß die Genossen helfen, die sich mit der Interpretation und Veränderung schon längere Zeit befassen. Wie kann aber verhindert werden, daß dieses Helfen zur Manipulation wird?

Vor diesem Problem stand die Gruppe, die das erste Schulungsseminar am 15./16. März im Rahmen dieser Kampagne vorbereitete. Bei diesem Seminar sollten zunächst die Probleme erörtert werden, die den Genossen in den Betrieben begegnen. An Hand dieser Probleme wollten wir zu einer Einschätzung der Mitbestimmung kommen, sowohl in der Form, wie sie heute praktiziert wird, als auch in der, wie sie von der Gewerkschaft geplant ist. Falls diese Einschätzung negativ ausfällt, sollte die Alternative der Arbeiterkontrolle entworfen werden.

Erfahrungsgemäß konnten wir nicht [illegible], daß die Seminarteilnehmer ihre Betriebskonflikte vortragen würden, [illegible] durch uns dazu aufgefordert werden. Deshalb trugen wir beispielhaft einen Konflikt vor, und zwar den von AEG-Turbine.

In der Diskussion, die dieser Einleitung folgte, kamen die Teilnehmer des Seminars sehr schnell dazu, von eigenen Konflikten in Betrieben zu berichten. Es ergab sich bald ein Katalog von Them[illegible] an diesem Wochenende nicht mehr vollständig zu behan[illegible] waren.

Bei einer Einschätzung der Mitbestimmung, selbst der qualifizierten, waren wir uns einig, daß sie an der Situation am Arbeitsplatz nichts ändert. Sie verhindert eine Bewußtwerdung des Arbeiters über seine gesellschaftliche Rolle und nützt nur der oberen Gewerkschaftsbürokratie, indem sie für die Bonzen einträgliche Aufsichtsratsposten schafft und die Disziplinierung der Masse der Gewerkschaftsmitglieder noch verstärkt. Die Ursache für diese Mängel liegen darin, daß:

1. die Mitbestimmung durch Gesetz institutionalisiert ist (mit Friedenspflicht für die "Arbeitervertreter"),
2. eine öffentliche Kontrolle der Arbeitervertreter durch die Arbeiter nicht möglich ist,
3. die Vertreter nicht jederzeit abgewählt werden können.

Ein Beispiel machte den Seminarteilnehmern klar, daß die Arbeiterkontrolle im Ansatz schon heute verwirklicht werden [illegible]. In einem Westberliner Großbetrieb hat eine Abteilung von Werkzeugmachern ohne die Hilfe der Gewerkschaftsorganisation erreicht, daß ihre zurückgestuften Löhne wieder erhöht wurden. Durch solidarisches Handeln setzten sie auch durch, daß einer der Wortführer von dieser Lohnerhöhung nicht ausgeschlossen [illegible]de, wie es die Betriebsleitung geplant hatte. Durch ihr Verhalten hatten die Werkzeugmacher eine Machtposition aufgebaut, die von der Betriebsleitung nicht ignoriert werden konnte. F[illegible] die Arbeiterkontrolle gilt es, derartige Gegen-Machtpositionen aufzubauen und konsequent zu erweitern.

Als Gefahr wurde schon in der jetzigen Situation deutlich, [illegible] derartige Abteilungs- bzw. Betriebskonflikte den Blick für die gesamt-sozialistische Perspektive verengen können. Dieser Gefahr kann dadurch begegnet werden, daß die im Betrieb arbeitenden Gruppen mit einer außenstehenden Gruppe Kontakt halten. Diese außenstehenden Gruppen müssen die Diskussion [illegible] Information mit anderen Gruppen im In- und Ausland aufrecht erhalten.

Die Teilnehmer des Seminars beschlossen, sich in dieser Zusammensetzung regelmäßig zu treffen. Bis zum 1. Mai will man jedes zweite Wochenende zusammenkommen (das nächste Mal am 29./30. März 1969).

Interessierte Arbeiter können an diesem Seminar teilnehmen. Bei diesem ersten Versuch eines Schulungsseminars ist es den "Erziehern" nicht in jeder Phase gelungen, sich überflüssig [illegible] machen. Besonders am Ende des Seminars beherrschten die [illegible]dentischen Teilnehmer die Diskussion.

Kontaktadresse: Hugo Brentzel, Tel. 85 38 32.

Konzept für eine neue Perspektive der Basisgruppen

(Bericht des Arbeitskreises Sexualität und Politik)

Die Basisgruppen verstehen sich als Avant-Garde einer zukünftigen Arbeiterbewegung. Ohne Antizipation einer sozialistischen Zukunft wird diese Arbeiterbewegung vielleicht entstehen, aber niemals siegen. Solange die Ökonomie nur mit ökonomischen Kategorien begriffen wird, wird Basisgruppenarbeit nur radikale Gewerkschaftsarbeit sein, wird jede Antizipation im Keime ersticken. Es genügt nicht zu sagen: wir müssen in unsere Agitation nicht nur die Produktionssphäre einbeziehen. Es ist sogar falsch: Man trennt in der Theorie Privatleben und Produktion, wo doch in der Realität deren Gesetze keineswegs getrennt sind. Die Unterdrückung in der Familie ist die Basis, von der aus die Gesetze der Unterdrückung im Betrieb - der Hauptwiderspruch des Kapitalismus: Lohnarbeit und Kapital - nicht mehr durchschaut werden.

Betriebe, in denen vorwiegend Männer arbeiten, beschäftigen in der Regel auch einige Frauen. Deren Aufgabe ist die Männer zu bedienen: für sie einzuholen, sauberzumachen. Der Anblick einer Frau soll den Männern die saure Arbeit versüßen. Diese Dienerinnen sind Ersatz-Ehefrauen. Nach Feierabend werden sie von den angestammten Ehefrauen abgelöst, deren Funktion identisch ist.

Betriebe mit überwiegend Frauen sind Betriebe mit überwiegend Hilfsarbeitern. Meist schon der unmittelbare Vorgesetzte, aber immer alle nächsthöheren sind Männer. Die Autorität, das Privileg, qualifizierte und daher besser bezahlte Arbeit zu leisten, hat im Kapitalismus überall, also auch in Betrieb und Familie, der Mann. Die Familieninstitution hindert den Arbeiter, hindert die Arbeiterin oder Hausfrau an der Politisierung. Aus Familienvätern, Familienmüttern können kaum jemals Kader werden.

Daraus ergibt sich:

Die Strategie der Basisgruppen bedarf der Neuerungen:

1. kulturrevolutionäre Schulung
2. Gründung von Arbeiterkommunen.

Es versteht sich, daß diese Neuerungen nicht per Dekret "eingeführt", noch auch nur propagiert werden können. Vielmehr müssen sie durch langwierige Arbeit vorbereitet werden.

Wir können von folgenden Voraussetzungen ausgehen:

- Basisgruppen als keimhafte Organisationsform
- Nach einem Jahr Arbeit: Möglichkeit und Notwendigkeit von Koordination zwischen Unigruppen und Basisgruppen (dies als Folge der Erfahrungen in der linken Bewegung seit Mitte der sechziger Jahre).

Viele Linke haben sich an der Uni so weit provinzialisiert, daß sie die vollzogene Ablösung der strategischen Funktion der Uni-Gruppen durch eine taktischen und andererseits die vollzogene Ablösung der taktischen Funktion der Basisgruppen durch eine strategische, verdrängen. Heute kommt es nicht mehr so sehr darauf an, überhaupt Kontakt zu Arbeitern zu finden, sondern die vielen bestehenden Kontakte zu Arbeitern können nur deshalb so mangelhaft ausgewertet werden, weil viel zu wenig Leute bereit sind, diese Arbeit zu übernehmen. Das bedeutet: die bestehenden Basisgruppen müssen erweitert, neue Basisgruppen müssen gegründet werden. Außerdem müssen gut vorbereitete Kollektive in den Betrieben arbeiten, in denen noch keine Kontakte bestehen, was vor allem bei Frauenbetrieben der Fall ist. Dies sind die Voraussetzungen, um die Selbstorganisation der Arbeiter mit einiger Aussicht auf Erfolg zu initiieren. Nur so kann der bestehende Organisationskeim der Basisgruppen quantitativ verstärkt und qualitativ verändert werden.

zu 1. (Schulung)

Die traditionellen Arbeiterorganisationen betreiben seit eh und je Schulung unter der Parole: Wissen ist Macht. Die Geschichte der Arbeiterbewegung lehrt uns: Diese Schulung wirkt konterrevolutionär. Sie bejahte die bestehende Kultur, stellte sie nicht in Frage. Diese Schulung war nicht klassenbewußt: Sie verschleierte, daß alle bisherige Kultur objektiv die Interessen der herrschenden Klasse vertritt; und wo Kultur subjektiv dies nicht tat, wurde sie kastriert: ihr antizipatorischer Teil wurde abgeschnitten.

Sozialistische Schulung bedeutet aber: Die Kultur muß angeeignet werden, damit sie aufgehoben werden kann. Unsere Schulung muß dies ermöglichen. Unsere Schulung muß die Aufhebung der Trennung von Lust und Leistung antizipieren. Es ist falsch, proletarische Kultur neben die bestehende zu setzen und dabei beide zu verklären. Ein Arbeiter, der anfängt, sich zu politisieren, hat ein abstraktes Bedürfnis nach Wissen. Dem muß entsprochen werden. Die traditionellen Geleise können dabei aber nur vermieden werden, wenn die Schulung bereits die Aufhebung der bestehenden Kultur, der bestehenden Lebensformen enthält.

zu 2. (Kommunen)

Gegenüber dem unmittelbaren Zwang in den Betrieben bietet sich die Familie immer noch als Rückzugsmöglichkeit an. Nach kurzer Zeit wird die subtile und zerstörerische Unterdrückung deutlich. Diejenigen werden enttäuscht, die geglaubt hatten, sich durch Ehe und Familie einen Freiraum geschaffen zu haben.

Aus unserer eigenen Theorie und Praxis entstanden die Wohngemeinschaften. Wir müssen deren bisherige Erfahrungen sammeln und auswerten, um aus den Fehlern lernen zu können und um Kommunen auch für Arbeiter praktikabel machen zu können. (Zu diesem Zweck wird demnächst ein Kollektiv durch alle Kommunen ziehen.) Die Gründung von Arbeiterkommunen hat aber nur Sinn auf der Grundlage einer Organisation, die es schaffen muß, daß praktische Solidarität nicht nur spontan und zufällig bleibt. Organisation und Kommune müssen sich wechselseitig stärken. Die Kommunen haben im Kapitalismus noch Schutzfunktion. Sie dürfen aber die Familie nicht verfestigen und harmonisieren - als Großfamilien z. B. - sondern sie überflüssig machen.

Dies ist das Selbstverständnis der Kinderläden. Die Erfahrungen der Kinderläden können nicht für die Gründung von proletarischen Kindergärten nutzbar gemacht werden. Ökonomische, vor allem zeitökonomische Gründe würden die Arbeiter daran hindern, Selbstorganisation beim Aufbau eines Kindergartens zu erproben. Die Kindergärten müßten ihnen von uns geschenkt werden: Die Arbeiter würden uns mit Recht als Heilsarmee verstehen und von der politischen Arbeit weiterhin abgeschreckt bleiben.

Lehrlinge, ledige Jungarbeiter, ledige Hilfsarbeiterinnen und Hilfsarbeiter mit oder ohne Kinder werden durch Kommunen solidarisches kollektives Leben, Arbeiten, Kämpfen lernen können. Nur auf dieser Grundlage wiederum kann eine revolutionäre Kaderorganisation entstehen, die auf lange Sicht die Arbeitermassen ergreift.

Aus all dem folgt für die 1. Mai-Kampagne:

Arbeiterkontrolle ist nicht nur die "Weigerung der Arbeiter, die Betriebsverwaltung frei über Produktionsmittel und Arbeitskraft verfügen zu lassen." (Mandel) - Arbeiterkontrolle bleibt solange ökonomistisch, solange sich die Arbeiter nicht auch weigern, weiterhin die Normen der bürgerlichen Kultur in Betrieb und Familie hinzunehmen.

(Dies Papier basiert auf Diskussionen mit Genossen der Basisgruppen Wedding, Spandau und Neukölln, des Studentenrates am Philosophischen Seminar, des Frauen-AKs "Theorie der Emanzipation" und der Kinderläden.)

Nachdruck aus:
ROTE PRESSE KORRESPONDENZ
der Studenten-Schüler-und Arbeiterbewegung
Nr. 6 Berlin

DIE INSTITUTE DER FRAUNHOFER GESELLSCHAFT

Vorbemerkung:

Die Fraunhofer Gesellschaft wurde 1949 als eine Art Vermittlungsstelle für Vertragsforschung gegründet. Im Verlauf der Remilitarisierung der Bundesrepublik übernahm sie allmählich die Funktion einer Vermittlungsstelle für militärische Forschungsaufträge des Verteidigungsministeriums. Sie wickelt grundsätzlich alle Forschungsaufträge ab, die von der Bundeswehr aus an die Universitäten gehen.

Wichtige Geheimaufträge werden in der Regel nicht an Hochschulinstitute vergeben; sie werden in Instituten abgewickelt, die der Fraunhofer Gesellschaft direkt unterstehen. Allerdings haben diese Institute nicht selten Assoziationsverträge mit den Universitätsspitzen abgeschlossen. Wie hoch der Anteil der für die Bundeswehr betriebene Militärforschung der Universitäten und technischen Hochschulen ist, ist unbekannt. Der Bundesforschungsbericht II gibt an, daß Verträge mit ca. 120 Instituten bestehen ; nach meiner Schätzung dürfte aber die Zahl 250 nicht übertrieben sein.

Aus dem Interview eines Ingenieurs der Rüstungsindustrie geht hervor, daß in den Kultusministerien der Länder Verfassungsschutzabteilungen sitzen, die für die Geheimhaltung der Militärforschungsprojekte zuständig sind. Die Anschaffung von Panzerschränken in Hochschulinstituten , die bei der Übernahme von Militärforschungsprojekten einer Geheimhaltungsstufe vorgeschrieben ist, läßt diesem Informanden zufolge grundsätzlich auf ein langfristiges Projekt schließen. Es empfiehlt sich in einem solchen Fall, vor allem auf unverständlich rasche Stellenwechsel (Kündigung "linker" Assistenten nach der vor dem Vertragsabschluß durchgeführten Überprüfung der in Frage kommenden Forschungsgruppe) zu achten.

A. Forschungsinstitute der Fraunhofer Gesellschaft (in der Reihenfolge der Etablierung)

1. Institut für angewandte Mikroskopie, Photographie und Kinematographie der Fraunhofer Gesellschaft e.V. , 75 Karlsruhe - Waldstadt, Breslauer Str. 48 (0721/681675), Dr. Horst Reumuth .
   F.: Hocherhitzungsmikroskopie, Zeitraffertechnik, Hochfrequenzkinematographie. (Grundlagenforschung für die Reproduktion von Problemen militärischer Festkörperphysik, wahrscheinlich Beteiligung bei der Produktion biologischer Kampfstoffe).

2. Institut für hygienisch - bakteriologische Arbeitsverfahren der Fraunhofer G., 8 München 90, Wirtstr. 1, (0811/ 698320) , Priv. Dozent Dr. Ewald Kanz .
   F.: Sterilitätsprüfungen, hygienisch - bakteriologische Lebensmitteluntersuchungen für die Bundeswehr, Kunststoffverwendung zur Abwehr bakteriologischer Kampfmittel ; wahrscheinlich an den B-Waffenkomplex der Bundeswehr angeschlossen.

3. Institut für technische Physik der Fraunhofer G. , mit Versuchsstelle Holzkirchen, 7 Stuttgart - Degerloch, Königstrßße 74, (0711/ 765008-9), Prof. Dr. Karl Gösele.
   F.: Bauphysik, Physik der Erschütterung durch Sprengkörper.

4. Institut für Elektrowerkstoffe der Fraunhofer G., 78 Freiburg, Eckerstr.4 (0761/31391-2) Prof. Dr. Reinhard Mecke .
   F.: Werkstoffe in der Elektrotechnik, militärische Verwendung von Halbleitern, Infrarot und Mikrowellenforschung.

5. Ernst - Mach - Institut der Fraunhofer G. , mit Außenstelle Weil/Rhein, 78 Freiburg, Eckerstr. 4, (0761/ 31096), Prof. Dr. F. Schultz - Grunow, Priv. Doz. Dr.F.Kerkhof.
   F.: Erforschung von militärisch verwertbaren Kurzzeitvorgängen : Verhalten fester Körper bei extremer Beanspruchung, instationäre Gasdynamik, Plasmaphysik, Untersuchung von Stoßwellen.

6. Institut für Chemie der Treib - und Explosivstoffe der Fraunhofer G., 7501 Berghausen bei Karlsruhe, Hummelberg, (0721/46041), Dr. Karl Meyer.

F.: Chemie und physikalische Chemie fester Treibstoffe für Raketenantriebe. Physikalische Chemie vorwiegend plastischer Sprengstoffe.

7. Institut für Aerobiologie, Grafschaft/Hochsauerland, Dr. K. Bisa, (02972/ 6367 und 6368).

F.: Aerosoltechnik in der biologischen Kriegsführung, Aerotoxikologie, Entnebelung, Exobiologie. Seit der Emigration von Dr. Petras in die DDR als Produktionsstätte biologischer Kampfstoffe ausgewiesen.

8. Technische Entwicklungsstelle der Fraunhofer Gesellschaft e.V., 899 Lindau/Bodensee, Fraunhoferstr. 10, (08382/ 2277), Felix Wankel.

F.: Abdichtung von Verbrennungsmotoren, Kompressoren und Motoren - und Fahrzeugforschung.

9. Laboratorium für Betriebsfestugkeit. Gemeinnütziges Forschungsinstitut der Fraunhofer G., 61 Darmstadt - Eberstadt, Mühltalstr. 55-57, (06151/79276 und 79902), Prof. Dr. Ernst Gassner, Dr. Otto Svenson.

F.: Belastungsfähigkeit und Betriebsfestigkeit regellos beanspruchter Bauteile im Fahrzeugbau, Flugzeugbau, im Stahlbau und bei der Waffenproduktion.

10. Institut für Physik und Chemie der Grenzflächen der Fraunhofer G., 6761 Marienthal über Rockenhausen, (Rockenhausen 06361), Prof. Dr. K.L. Wolf.

F.: Zustand, Morphologie und Energetik von Grenzflächen.

11. Physikalisch - Bioklimatische Forschungsstelle der Fraunhofer G., 81 Garmisch - Partenkirchen, Skistadion, (08821/7877), Dr. Reinhold Reiter.

F.: Atmosphärische Elektrizität und Radioaktivität, Radioaktivität bei unterirdischen Kernexplosionen, Aerosolforschung, Meteorobiologie, militärische Verwertungsprobleme der Geophysik und der Biochemie.

12. Institut für Radiometeorologie und Maritime Meteorologie, Universität Hamburg (Institut der Fraunhofer Gesellschaft !), 2 Hamburg 13, Binderstr. 22,(0411/44197(1), 2538 ; 445258 ; 445757), Prof. Dr. Karl Brocks.

F.: Auf Anregung der Beratergruppe für Radiometeorologie des Wissenschaftausschusses des NATO - Rates gegründet. Erforschung der elektromagnetischen Wellenausbreitung in der Atmosphäre und der damit zusammenhängenden militärischen Verwertungsprobleme der maritimen Meteorologie.

13. Institut für Schwingungsforschung der Fraunhofer G., 74 Tübungen, Stauffenbergstr. 21, (07122/4460), ab 1969 : 75 Karlsruhe, Breslauer Str. 40). Geschäftsführung : Dr. Max Syrbe, Dr.Alfred Schief, Wiss. Kurator : Prof.Dr. Horst Tischner.

F. : Physik mechanischer und elektrischer Schwinungen, Datenverarbeitung bei modernen Waffensystemen.

Sonstige Einrichtungen der Fraunhofer Gesellschaft

14. Institut für Produktionstechnik und Automatisierung (in Verwaltung der Fraunhofer G.), angeschlossen an : Lehrstuhl und Institut für Industrielle Fertigung der Universität Stuttgart, 7 Stuttgart N, Holzgartenstr. 17, (0711/29973(1)900), Prof. Dipl.-Ing. Martin Dolezalek.

15. Patentstelle für die deutsche Forschung der Fraunhofer G., 8 München 19, Stievestr. 9, (0811/572203), Dr. Helmut Knoblauch.

16. Dokumentationsstelle für Bautechnik der Fraunhofer G., 7 Stuttgart, Silberburgstr. 119 A, (0711/623962), Clara E. Müller .

17. Fachausschuß für Aerosolfragen der Fraunhofer G., 8 München 19, Romanstr, 13, (0811/5162751), Dr. Heinrich Nückel, Bad Lippspringe .

F.: Kolloidik, Meteorologie, Lufthygiene, Biologische Kampfstoffe und Abwehr biologischer Kampfmittel, Veterinärmedizin, Pflanzenvernichtung durch chemische Kampfstoffe; wahrscheinlich Koordinationsstelle für die mit B - und C - Waffen forschung beschäftigten U Institute .

Forschungseinrichtungen , mit denen die Fraunhofer Gesellschaft punktuell zusammen - arbeitet

1. Dokumenationszentrum der Bundeswehr (DOKZENT BW) , 53 Bonn, Friedrich - Ebert-Allee 34 , (02221/ 222091), Ernst -Egon Schütz .

2. Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, Referat Dokumentation (II,6), 53 Bonn, Heussallee 2-10, (02221/2028237), Reg.Dir. Dr.Heinz Lechmann .

3. Zentralstelle für Atomkernenergie - Dokumentation (ZAED), Zweigniederlassung der Gesellschaft für Kernforschung m.b.H. Karlsruhe, 6 Frankfurt/Main, Westendstr. 21, (0611/770981), Dr. Werner Rittberger .

4. Zentralstelle für Luftfahrt - Dokumentation und -Information (ZLDI), Institut der deutschen Gesellschaften für Flugwissenchaften - DGF , 8 München 27, Maria-Theresia-Str. 21, (0811/ 451127), Dr. Ing. Hans-Joachim Rautenberg.

5. Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V. 532 Bad Godesberg, Deutschherrrenstr.157, (02229/64373), 1. Vors.: Gen. Lt. a.D. Erich Schneider .

6. Arbeitskreis für Wehrforschung , 7 Stuttgart, Urbanstr. 62 a, (0711/293694), Präs.: Vizeadmiral a. D. Prof. F. Ruge , Geschäftsführer : Dr.Gerhard Hümmelchen .

7. Zentrale Operations - Research - Stelle (ZOR) der Bundeswehr , Trier .

HAMBURGER HANDELSKAMMER UND HAMBURGER POLIZEI

Die Hamburger Handelskammer hat "streng vertraulich" an ihre Mitglieder ein Exposé verschickt, das sich mit dem Verhalten von Demonstranten und Abwehrmaßnahmen in den Betrieben befaßt.
Bei der Beurteilung der Lage geht man davon aus, daß es den Demonstranten gelungen ist, "eine gewisse Unsicherheit und teilweise Unzufriedenheit auch bei vielen Staatsbürgern, die die im übrigen unsern Staat bejahen, auszunutzen und zu vergrößern".
Zunächst befaßt man sich mit der Taktik der Demonstranten und konstatiert, daß diese zuerst vor allem "unpassende Diskussionen über Themen forderten, über die sich z.T. nicht einmal diskutieren ließ". Im Zuge der Radikalisierung habe jedoch diese Form der Demonstration an Bedeutung verloren und die öffentliche Demonstration an Bedeutung gewonnen. Der aktive Kern der Demonstranten sei geschult, die Gesetze zu umgehen. "Nach den bisherigen Erfahrungen der Polizei kommen die erkannten Rädelsführer z.B. häufig den Aufforderungen nach, mit denen man von seinem Hausrecht Gebrauch macht. Dieses Verhalten gilt allerdings nicht für die Mitläufer, die es oftmals zu den von den Anführern gewollten Übergriffen kommen lassen und die häufig nicht ohne weiteres als Demonstranten zu identifizieren sind." Bewundernswert ist die Eleganz, mit der der Verfasser die Rädelsführertheorie beibehält und dennoch erklären kann, wie die Mitläufer auch ohne die Rädelsführer aktiv werden.

Es gebe auch Hinweise darauf, daß Rädelsführer der Demontranten "Rocker" telefonisch anfordern. In diesem Zusammenhang verdiene aber Erwähnung, daß es den Rädelsführern der Hochschuldemonstrationen bisher noch nicht gelungen sei, die erwünschten Querverbindungen zur Arbeiterschaft (wie im Mai/Juni 1968 in Frankreich) herzustellen.
Obwohl bislang die Polizei über Charakter und Verlauf der Demonstrationen gut informiert war, könne den Demonstranten nicht überall wirkungsvoll entgegengetreten werden. Denn eine Taktik der Demonstranten sei es, die Ordnungskräfte zu zersplittern und überraschende Sonderaktionen durchzuführen. "Die vorsorgliche Sicherung empfindlicher Punkte durch die Polizei wird daher nicht immer möglich sein...... Daraus folgt, daß die Betriebe Überlegungen anstellen müßen, wie sie sich in solchen überraschenden Situationen selbst schützen können."
Und jetzt rollt ein beeindruckendes Notstandsprogramm ab:

- Aufbau einer uniformierten Ordnertruppe.
- Einsatzplanung nach strategisch wichtigen Punkten.
- Einteilungen in Reviere und Bestallung von besonders Verantwortlichen.
- Installation von Foto- und Filmkameras.
- Zusammenarbeit mit der Polizei:
  1. alle Informationen der Polizei bezügl. Demonstrationen werden der Handelskammer mitgeteilt, welche ihrerseits ein Warnsystem einrichtet.
  2. die Polizei ist jederzeit bereit, Bereitschaften in Betrieben zu stationieren.
- Diziplinierung der Belegschaft, Verbot von Diskussionen mit Demonstranten.
- Maßnahmen nach Demonstrationen: diePolizei bittet darum, bei den sog. Antragsdelikten (Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung etc.) Strafanträge zu stellen, damit die Betroffenen verfolgt werden können. Weiterhin wird gebeten, auch Zivilklagen auf Schadenersatz anzustrengen, weil derartige Klagen in ihren Konsequenzen die Demonstranten mehr beeindrucken als vorläufige Festnahmen und zum Teil auch strafrechtliche Verurteilungen.

PERSPEKTIVEN DER SCHÜLERBEWEGUNG IN HAMBURG/2. TEIL

III. Auf Grund des "antiautoritär" strukturierten Bewußtseins der meisten Schüler, die sich abstrakt den Leistungszwängen und Autonomieeinschränkungen mit Hilfe der Pop-Kultur entziehen wollen, muß der Ansatz zur Politisierung dieser Schüler ein antiautoritärer sein. Für uns wird das bedeuten, daß wir zunächst die vorhandenen Ausdrücke des Unbehagens, die sich für die Masse der Schüler nicht konkretisieren, erklären und als politische artikulieren. Konkret ist es daher notwendig, in der Agitation die Schüler zu bewegen, sich Freiheitsspielräume außerhalb der Scheinfreiheit der Freizeit und des Konsums zu erkämpfen. Diese Spielräume allerdings werden begrenzt sein durch die für die Aufrechterhaltung dieser Gesellschaft notwendigen Unterdrückung. Erst beim Erkennen dieser objektiven Notwendigkeit können sich für die Masse der Schüler sozialistische Perspektiven eröffnen, die sich nicht durch das verbale Bekenntnis zum Sozialismus, sondern in der Bekämpfung dieser augenblicklichen Notwendigkeiten definieren.
Die Gefahr des Reformismus ist am Anfang dieses Prozesses möglich. Polytechnischer Untericht, Einrichtung eines Kurssystems, Mitbestimmung im Unterricht und die Objektivierung der Leistungsmessung waren lange Zeit Forderungen der Schülerbewegung. Derart seine Politik zu formulieren deutet darauf hin, dem Kapitalismus aus einer seiner entscheidensten Strukturkrisen - dem Bildungsnotstand - in guter sozialdemokratischer Manier herauszuhelfen.
Heute bereits sind die Forderungen, die wir damals gestellt haben, Bestandteile eines jeden "progressiven" Bildungsreformplanes. Um den Anspruch der Emanzipation und Revolutionierung aber ernst zu nehmen, kommt es darauf an, der Schülerbewegung eine sozialistische Perspektive zu geben, wenn es schon nicht möglich ist, den antiautoritären Protest vollends in einen sozialistischen zu transformieren. Nur so sind wir fähig, den Reformismus zu entgehen.
Die sozialistische Strategie unserer politischen Arbeit beinhaltet, in der gesellschaftlichen

Hier setzt die sog. "Kritische Schule" an. Ihre Ziele lassen sich in drei Punkten zergliedern.
1.) soll sie das notwendige Wissen für die Agitation im Unterricht bereitstellen,
2.) soll sie die theoretische Vorbereitung von Kampagnen übernehmen, und
3.) soll sie die Emanzipation der Genossen auf dem theoretischen Bereich vorantreiben.
Die "Kritische Schule" ist also praxisbezogen und begreift sich nicht als "Schule" mit dem Attribut "kritisch". Im Gegenteil: ihr Sinn ist es, die herkömmliche Schule kritisch zu gestalten.

V. Das AUSS befindet sich augenblicklich in einer Übergangsphase, in der das Herumwurschteln von Sektierergruppen zugunsten der Basisarbeit an den einzelnen Schulen aufgegeben werden muß. Da von einem Beginn der systematischen Schularbeit erst jetzt zu sprechen ist - nominell gibt es 13 Basisgruppen, von denen 3 in den letzten Wochen richtig gearbeitet haben - muß von der zentralen Ebene eine Politik betrieben werden, die Basisarbeit initiert, die also Schulkader quantitativ und qualitativ entstahen läßt. Eine weitere Aufgabe eines zentralen Gremiums wäre die Koordinierung von Aktionen sowie die Kommunikation der einzelnen Basisgruppen und Arbeitsgruppen herzustellen. Eine Politik aber, die zurückwirken soll auf die Schulen bzw. sich ergänzen soll mit den schon aktiven Basisgruppen, konkretisiert sich im wesentlichen durch regionale Kampagnen. Diese Kampagnen müßen zwei Voraussetzungen erfüllen. Einmal müßen sie zentrale Punkte des Schulsystems zum Angriffspunkt haben und zum anderen muß die Möglichkeit groß sein, daß sich große Teile der Schülerschaft mit den angegebenen Zielen identifizieren, d.h. persönliche Interessen müßen tangiert werden.
Einige mögliche Kampagnen sollen hier erklärt werden.
Im Zusammenarbeit mit dem VK ließe sich eine Kriegsdienstverweigerungskampagne organisieren, die sich zwei Ziele setzt:
1. die massenhafte Produktion von Verweigerern, wodurch die antimilitaristischen Elemente vermehrt werden.
2. eine Organisierung der Angesprochenen in der jeweiligen Basisgruppe.
Die Kampagne berührt eine persönliche Interesse der meisten Schüler, nämlich das ihrer Wehrunwilligkeit, das politisch zu untermauern wäre. Außerdem lassen sich sehr leicht Parallelen vom militärischen Bereich zu dem der Schule herstellen, wodurch die Arbeit an den Schulen erleichtert wird. Die Organisierung ließe sich zuerst an den Schulen durch Arbeitskreise bewerkstelligen, die militärische Probleme behandeln. Diese Arbeitskreise werden später überführt in die Basisgruppe.
Eine Kampgne "Autoritäre Schule" berührt ebenfalls Schülerinteressen. Sie greift bestimmte autoritäre Unterrichtsstrukturen und Organisation an, nimmt diese als Anlaß, um eine Kritik der Unterrichtsinhalte zu leisten. Da jede Schule spezifisch ausgeprägte autoritäre Strukturen besitzt , hat eine Basisgruppe oder haben einzelne Schüler die Möglichkeit, die Kampagne mit der jeweiligen Schulwirklichkeit abzustimmen.
So läßt sich wiederum die Verbindung von zentraler Kampagne und Basisarbeit herstellen.
Das ist ebenso möglich in einer Kampagne, die den Geschichtsunterricht zum Inhalt hat. Auch hier können Schulkader die allgemeine Kritik am Geschichtsunterricht ergänzen mit den jeweiligen Schulgegebenheiten.
Eine Zensuren - und Leistungskampagne kann zu jeder Zeugnisausgabe organisiert werden. Sie trifft den zentralen Nerv des Schulsystems und führt bei richtiger und ausführlicher Agitation zur Solidarität mit der Schülerschaft, weil das Leistungsprinzip, das sich für die Schüler im Zeugnissystem konkretisiert, die Ursache der mesiten Mißstimmungen der Schüler ist.

Sozialisationsinstitution Schule die Machtfrage tendenziell zu stellen, also in den ersten Phasen des Politisierungsprozesses der Schüler noch nicht aktuell. Das heißt, daß unsere Praxis hinauszielt auf einer Befreiung der Schule aus den Klauen der Bürokratien und auf die eigene Gestaltung des Unterrichts. Diese Antizipation einer neuen Schulwirklichkeit darf nicht dem Fehler verfallen, die Schule allein in und durch die Schule demokratisieren zu wollen. Eine demokratische Schule in einer undemokratischen Gesellschaft ist nicht denkbar. So muß das Ziel der Schülerbewegung die soziale Revolution sein. Die Schülerbewegung hat in ihrem Bereich dafür die Massen zu agitieren und ein kritisches Potential zu erzeugen. Dieses Potential organisiert sich, einmal die Schule verlassen, in ihren jeweiligen späteren sozialen Arbeitsbereichen wiederum in Basisgruppen, sei es in der Universität oder im Betrieb.
Die so angestrebte Selbst-organisation des Unterrichts wird bestimmt sein einmal durch das Erkennen, daß die Lehrkräfte auch nur Mitglieder eines Unterdrückungszusammenhanges sind, und zum zweiten durch die direkte Konfrontation der Kapitalinteressen einerseits und der Bedürfnisse der Schüler auf Emanzipation andererseits. Eine Praxis, die auf Emanzipation und Befreiung aus ist, wird ihre Kritik nicht mehr allein auf autoritäre Formen richten, sondern im wesentlichen die Lehrinhalte umstrukturieren wollen.

IV. Es ist einsichtig, daß die Arbeit nur dort geleistet werden kann, wo die Schüler ihre hauptsächliche Unterdrückung erfahren: in der Schule. Um die Schülerbewegung wieder "in die Schulen zu führen", ihr gewissermassen wieder zu einer sozialen Basis zu verhelfen, ist eine neue Methode der Agitation nötig. Diese wird jetzt im wesentlichen im Unterricht geleistet. Stufenweise muß dabei so verfahren werden, daß neben der Schaffung von Freiheitsspielräumen, die vertretenen Ideologien und Lehrinhalte, gegen die zumindest ansatzweise eine Kritik in Form von Nörgelei bei den Schülern vorhanden ist und die daher zur Vermittlung einer autoritären Pädagogik bedürfen, zunächst mit Hilfe einer systematischen und konsequenten Fragetechnik zersetzt werden.
Die zweite Stufe wäre dann, das entstandene Vakuum mit kritischen Inhalten zu füllen und den Unterricht in Form eines herrschaftsfreieren Gesprächs unter möglicher Ausschaltung des Lehrers zu organisieren. Zur Vorbereitung der Nichterfüllung der pädagogischen Ziele der Schulbehörde wird in je einer Klasse ein Lernkollektiv gebildet, das sich aus den kritischen und linksliberalen Schülern zusammensetzt. Die Aufgabe von ihm ist es, sich auf den Unterricht inhaltlich und taktisch vorzubereiten. Daneben aber kann es den sich durch die politische Arbeit verschärfenden Leistungsdruck durch gemeinsames Anfertigen von Schularbeiten und Vorbereiten auf Arbeiten entgegentreten. Wesentlich aber ist die politische Funktion des Lernkollektives.
Auf Schulebene wird eine Basisgruppe gegründet, die die gesamtschulische Arbeit leistet. D.h. , daß sie neben der permanenten Provozierung von Konflikten Kampagnen organisiert, die sich möglichst direkt auf Lehrinhalte und Unterrichtsorganisationen beziehen. Dabei können bei schon entfalteten einigermaßen erfolgreichen Aktivitäten Tagesforderungen einen Sinn haben, wenn sie einmal die Spannung zwischen Potentialität und Aktualität für die Schüler verschärfen, damit Lernprozesse fördern, oder, und das ist die zweite Möglichkeit, wenn sie erfüllt werden mit dem Bewußtsein der Schülermassen, daß dieser Erfolg nichts prinzipielles geändert hat und, daß er zur Verschleierung beitragen kann. Es wird sich als notwendig erweisen, sich für die jeweilige Schule ein Publikationsmittel anzueignen, das als Organ der politischen Arbeit benutzt wird. Dafür kann man die herkömmliche Schülerzeitung nehmen. Wesentlichste Aufgabe dieser Zeitung wird es sein, die theoretische Vermittlung von Aktionen zu übernehmen.
Spätestens zu dem Zeitpunkt, in dem mit der Vermittlung kritischer Bildungsinhalte begonnen werden muß, wird sich die Notwendigkeit der theoretischen Schulung zeigen. Realistische müßen wir konstatieren, daß es bei vielen der Schülergenossen über ein gewisses Make-out an revolutionärem Anhängsel nicht hinausgegangen ist, obwohl andererseits festzustehen scheint, daß die Bereitschaft zur theoretischen Arbeit besteht.

Weitere Möglichkeiten für Kampagnen sind : Sexualitätskampagne, Deutschunterrichtskampagne, Kampagne für "freie Meinungs- und Presseäußerungen". Sie bedürfen aber einer intensiven theoretischen Vorarbeit, damit das wesentliche Ziel dieser Kampagnen erreicht wird : die Organisierung der Schülerschaft in Basisgruppen .

GRÜNDUNG EINES SOZIALISTISCHEN LEHRERBUNDES

"Lehrer, Studenten und Schüler aus dem ehemaligen Arbeitskreis Schule im RC haben in den letzten Wochen die Neugründung eines sozialistischen Lehrerbundes vorbereitet. Die in der letzten APO-Press erschienene Gründungserklärung ist nach den Osterferien an Schulen und Lehrerbildungsstätten verteilt worden.

Wir bitten die Leser von APO-Press diese Erklärung mit der Beitrittserklärung an potentielle Mitglieder ("progressive" Lehrer) weiterzugeben.
Weitere Exemplare des Gründungsaufrufes bitte anfordern bei:
SLB Hamburg, 2 HH 13, Rothenbaumchaussee 95."

In der letzten Ausgabe der APO-Press erschien wegen eines redaktionellen Versehens der Aufruf zur Gründung eines sozialistischen Lehrerbundes nicht in den vorgesehenen Form, es fehlte ein Vorspann, etc.
Darum sei noch einmal ausdrücklich wegen des theoretischen Konzeptes auf den Aufsatz in der letzten Nummer der APO-Press verwiesen.

Eine Gründungsversammlung findet am Montag, den 28.4. um 19.30 Uhr in den Räumen des Republikanischen Clubs statt: HH 13, Rothenbaumchaussee 95. Tel. 41 78 15.

GRUßADRESSE AN DEN 1. PARTEITAG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI:

Liebe Genossinnen und Genossen!
Die gegenwärtig in Frankfurt tagende Arbeitskonferenz des SDS begrüßt den ersten Parteitag der neubegründeten Deutschen Kommunistischen Partei. Unsere Freude über die Gründung eurer Partei, als damit der jahrzehntelange Kampf der proletarischen Vorhut der Massen, der KPD um die Legalität durch machtvolle Verhandlungskämpfe mit dem staatsmonopolistischen Apparat der Bundesrepublik zu einem heroischen Ende geführt und so Euer Kommunismus in der Bundesrepublik endlich zu staatlicher Konzession gebracht wurde, soll hiermit zum Ausdruck gebracht werden.
Über die Verbundenheit zwischen eurer Partei und uns bedarf es keiner großen Worte. Wir sind durch Kampf verbunden. Wir können die Gefühle, die uns angesichts Eures Parteitages bedrängen, und die wir euch zur Neugründung der DKP übersenden, nicht besser als mit den Sätzen einer dem Kommunismus offensichtlich wohlwollenden Tageszeitung ausdrücken, die kürzlich die Funktion der DKP so bestimmt hat: "Am nützlichsten macht sie sich nämlich, indem sie den staatstragenden Parteien die politische Schmutzarbeit abnimmt oder wenigstens erleichtert, sich mit den anarchistischen und antiparlamentarischen Kräften der sogenannten "neuen Linken", mit dem virulenten "linken Faschismus" auseinanderzusetzen. Das Erschrecken der kommunistischen Führer über den Gestank im politischen Sumpfgelände links von der Sozialdemokratie, das sie trocken legen müßen, wenn sie eine "Massenbasis" auch nur von zwei oder drei Prozent der Wählerstimmen erlangen wollen, ist bereits deutlich geworden. Man sollte ihnendie aufreibende Sisyphusarbeit, hier die kommunistische Erziehbaren von den Psychopathen

zu trennen, hier die kommunistische Parteisprache gegenüber dem Soziologen-Chinesisch hörbar zu machen, hier die nachpubertären, wirren Studentenaktionen in streng diziplinierte s, zielvolles kommunistisches Handeln umzusetzen zu versuchen, nicht durch den Rückgriff auf das Parteiverbot von 1956 zu ersparen. Besonders aus dieser letzten Erwägung ist es anscheinend zu verstehen, daß der Deutschen Kommunistischen Partei niemand in den Arm fallen will, und daß die Gebildeten unter ihren Verächtern sogar über die Barrikade hinweg brüderliche Kampfesgrüße zuzuwinken geneigt sind."
In diesem Sinne wünschen wir Eurem Parteitag und Eurem Kampf um das westdeutsche Parlament vollen Erfolg. Mit Kampfesgrüßen!

Frankfurt, den 12.4.69
Sozialistischer Deutscher Studentenbund.

TERMINE

Im Strafjustizgebäude.

Mo', 21 . 4. Zi. 186 9.30 Uhr gegen E. Dressel (wegen Demonstration vor griechischem Konsulat.

Di., 22.4. Zi. 183 10.40 Uhr gegen M. Schubert.
Fr., 25.4. Ziviljustizgebäude Zi. 367 10.00 Uhr Schadenersatzprozeß gegen Milz, Oberlercher, Vogel wegen Springer-Demonstration
Fr., 2.5. Schadenersatzprozeß gegen Schütt u.a. wegen Wißmann-Denkmal-Beschädigung.
Di., 6.5. Zi. 377 a ,11 Uhr - Gegen Kreuz (Berufung) - Springer Demonstration Februar 1968 -
16.5. Zi. 367 , Ziviljustizgebäude, 10.15 - Schadenersatzprozeß (51 000 DM) gegen Carmesin u.a. wegen der Phil - Turm -Besetzung
Fr. 25.5. OLG (Oberlandesgericht) Zi. 114 - 13 Uhr - Berufung in der Klage des H. Oehrens gegen Stadt Hamburg .
In der ersten Instanz war die Festhaltung des Oehrens für rechtswidrig, nicht jedoch die Festnahme, erklärt worden. Beweisstück für die Rechtswidrigkeit auch der Festnahme sollte ein Film der Polizei sein, welcher in der ersten Instanz wegen "technischer Schwierigkeiten" nicht vorgeführt werden konnte, und jetzt " leider" schon vernichtet worden ist.

sonstige Termine

Mo., 21.4. 17 Uhr - Audi Max : Faschismus - teach - in
23.4. 20 Uhr - RC Hamburg : AStA - Mitglieder werden die Strategie an den Hochschulen spätkapitalistischer Länder diskutieren, und speziell die Situation in Hamburg.
Mo. ,28.4. 19.30 - RC Hamburg : Gründungsversammlung des Sozialistischen Lehrerbundes
28.4. 20 Uhr - Audimax - 1. Mai - teach - in zur Betriebsarbeits - Strategie Veranstalter : AStA
30.4. 18 Uhr WiSo-Hörsaal der Universität Konstituierende Versammlung der "Kritischen Schule" Veranstalter : HSP (Hamburger Schüler Parlament).

Berichte von der SDS Arbeitskonferenz in Frankfurt werden demnächst im SDS (BV)-Info publiziert werden.

Nachrichten aus dem RC

-Verhältnis APO-PRESS zum RC-

Von seiten des RC besteht Interesse daran, die apo-press zum Blatt der RC-Mitglieder werden zu lassen. Der automatische Bezug der apo-press für RC-Mitglieder scheitert jedoch vorläufig daran, dass die finanzielle Lage des RC nicht ausreichend günstig ist. So jedenfalls das Ergebnis des Mittwochs-Gesprächs, welches sich mit diesem Thema beschäftigte. Es bleibt also vorläufig dabei, dass die APO-PRESS in den Räumen des RC verkauft wird (Bücherstube, Theke).

- im RC steht seit einiger Zeit eine Offset-Druckmaschine vom Fabrikat "Multilith." Das Offsetdrucken erfordert einige Spezialkenntnisse. Sollten einige Genossen ihre Fähigkeit in den Dienst des RC stellen wollen, so können sie alle 14 Tage Sonntagsbei der apo-press das Drucken lernen.

Arbeitskonferenzen:

Auf der AK des SDS in Frankfurt wurden von der Arbeitsgruppe Kinderläden folgende Arbeitskonferenzen angekündigt:

1) Mitte Mai veranstalltet der VDS in der Nähe von Bonn eine 2 tägige AK über Erziehung.
weitere Informationen sind über VDS Bonn und die jeweiligen Asten erhältlich.

2) Vom 15. bis 19. Mai findet in Hannover ein Kongress Kritischer Psychologie statt. Der Kongress wird von dem dortigen psychologischen Institut und ihrem Dozenten Brückner veranstalltet. Es werden vorwiegend kritische Studenten, Assistenten und Dozenten der Psychologie sowie in psychologischen Basisgruppen arbeitende Genossen erwartet. Inhaltliche Informationen von den Initiatoren selbst werden in der nächsten apo-press erscheinen.

Kontaktadressen für Kinderläden: Babara Fricke, Hannover, Podbielskistr. 105
für kritische Psychologie: Alfred Krovoza u. Thomas Leithäuser, Psych. Seminar, TU Hannover, Wunstorferstr.

[illegible]

3) vom 30. Mai bis 1. Juni findet das erste von einer geplanten Reihe regionaler Kinderladenseminare für die Region Süd in Erlangen statt. Anfragen über die Reddaktion "Roter Info" 852 Erlangen, Hindenburgstr. 17, Gerd Schnepel.

Passgesetz

Nach dem Passgesetz ist es möglich, die Ausstellung bzw. die Verlängerung eines Passes demjenigen zu verwehren, gegen den ein Ermittlungs- oder Strafverfahren schwebt. Handelt es sich jedoch nur um geringfügige Delikte, wie Hausfriedensbruch, etc. so muß dennoch ein Pass ausgestellt werden. Es hat sich gezeigt, dass im Rahmen der konzentrierten Aktion der Herrschenden gegen die APO auch dieses Mittel versucht wurde einzusetzen, wobei die Bürokraten die Unwissenheit der meisten Genossen auf juristischem Gebiet auszunutzen versuchen. Man soll sich jedoch auf keinen Fall einschüchtern lassen und im Falle der Ablehnung eine ausführliche Begründung fordern und dann möglichst einen Rechtsanwalt einschalten.

SCHWARZE LISTEN AN HAMBURGER SCHULEN

Die Hamburger Schulbehörde versucht gegenwärtig nach der selben Methode zu verfahren wie die Polizei : "kleine Störergruppen" sollen möglichst schnell zerschlagen werden. Ihrer Ansicht nach sind diese Störer Mitglieder des AUSS/USB, die seit einiger Zeit ihre Aktivitäten verstärkt in die Schulen verlegt haben (Basisgruppen), sodaß die Schulbehörde eine Gefährdung ihrer absoluten Herrschaft über die Hamburger Schülerschaft befürchtet.

Als am 6. März über 700 Hamburger Schüler gegen den " Zeugnisterror" und das unpädagogische Leistungsprinzip protestierten und versuchten, die Schule "Schlankreye" zu besetzen, wurde bei der Schulbehörde endgültig die oben skizzierte Strategie beschlossen: "subversive Elemente sind auszumerzen." — Auch das HSP (Hamburger Schülerparlament) ehemals demokratisches Feigenblatt der Schulbürokraten, mittlerweile aber in die Schülerbewegung relativ fest integriert, bekam zu spüren, daß die Schulbehörde und voran der "liberale" Landesschulrat Neckel nicht bereit sind, unbequeme Meinungen und Aktivitäten zu tollerieren. 1. so drohte die Schulbehörde dem HSP, die bereits bewilligten Gelder für die teach-in Plakate vom 6. März zu sperren. -2. weigerte sie sich, die Druckkosten für eine in 10 000er Auflage erscheinende Analyse der Zeugnisse zu bezahlen. - 3. unternahm sie den Versuch, das bereits gemietete Audi-max zu verweigern.

Schon im Februar versuchte die Schulbehörde, das HSP durch einen Erlaß endgültig an die Leine zu nehmen, mit der juristisch unhaltbaren Begründung, das HSP sei Teil der Schulbehörde und somit weisungsgebunden gegenüber der Schulbürokratie. Der Erlaß bestimmt unter anderem, daß die Schülervertretungen ohne vorherige Zensur durch die Schulleitung nicht das Recht zur schriftlichen Meinungsäusserung haben sollen, desweiteren, wie sie zustande zu kommen haben. Politische Schülergruppen sind an den Schulen verboten. Geldspenden dürfen die Schülervertreter nur noch vom Schulverein oder vom Verein Ehemaliger Schüler entgegennehmen. — Offensichtlich ist, daß solche Disziplinierungsversuche die Radikalisierung der Schüler nur vorantreiben können. So zeigt sich jetzt schon auf breiterer Basis ein Widerstand gegen den SMV-Erlaß und den Erpressungsversuch der Schulbehörde (die Schulbehörde hatte gedroht, das HSP aufzulösen, falls die Schülervertretung "Europas modernste Schulordnung" (BILD) nicht per Akklamation begrüßen würde). Am letzten Tag des Ultimatums gab der Landesschulsprecher H. Hanser auf einer Sitzung des HSP offiziell bekannt, die Schülervertretung werde den SMV-Erlaß ignorieren und im Falle ihrer Auflösung durch die Schulbehörde gegen den Erlaß gerichtlich vorhehen. Wenn sich AUSS/USB einigermaßen adäquat verhalten, dürfte das Vorgehen der Schulbehörde ihre Aktivitäten in idealer Weise ergänzen. Gefährlich für die verhältnismäßig unorganisierte und deshalb schwache AUSS/USB könnte allerdings der Versuch der Schulbehörde sein, einzelne AUSSler von der Schule zu weisen. Seit Ostern 68 existieren bereits Schwarze Listen, die die PoPo in Zusammenarbeit mit der Schulbehörde angefertigt hat, wo praktisch jeder AUSS ler aufgeführt ist. Seitdem sind zahlreiche Fälle bekannt geworden, wo die Schulbehörde entweder relegierte oder nicht in Schulen aufnahm. Z.B.: 1. Im Dezember 68 wurde einem Schüler die Aufnahme auf das Wirtschaftsgymnasium am Berliner Tor verweigert. 2. Ein anderer hatte bereits die Aufnahmebestätigung für das Gymnasium Farmsen, diese wurde jedoch später zurückgezogen. Begründung: er habe das Johanneum angemalt, obwohl hierfür die Beweise fehlen. Inzwischen ist ihm für ein Jahr untersagt, irgendeine Hamburger Schule zu besuchen. 3. Am Gymnasium Alstertal wurde einem Vater vom Klassenlehrer seines Sohnes berichtet, dieser bliebe sitzen und solle besser vorher abgehen. Obwohl dies nicht den Tatsachen entsprach, wurde der Schüler von der Schule genommen. Weitere Schüler wurden mit Hilfe von Zeugnismanipulationen eine Klasse tiefer versetzt, um so die zusätzliche Disziplinierung durch die Eltern zu erreichen. -Fälle dieser Art häufen sich an den Hamburger Schulen. Offensichtlich will die Schulbehörde auf ähnliche Weise verfahren wie an den Universitäten.
